

Liebe Ludwigshafener Mitbürger,
verehrte Frau Oberbürgermeisterin Dr. Lohse,
werter Stadtvorstand,
liebe Stadtratskolleginnen und liebe Stadtratskollegen,

wir kommen heute hier zusammen, um etwas zu beschließen, das schon beschlossene Sache ist, nämlich den Haushaltsplan der nächsten zwei Jahre.

Eigentlich müssten wir in diesem *Stadtrat* zusammenkommen, um uns zu beraten, aber das erfolgt hier nicht: Was allerdings in anderen Städten der Fall ist, wo abhängig vom Antrag sich jeweils neue Mehrheiten formieren, und somit fortwährend alle Beteiligten zwingt, um optimale Lösungen zu ringen.

Statt um optimale Lösungen zu ringen, haben es sich hier in Ludwigshafen SPD und CDU bequem gemacht: „Warum ständig um optimale Lösungen ringen? Wir tun uns einfach zusammen: Ab und zu werden wir dann einen faulen Kompromiss eingehen müssen, aber so bleiben wir wenigstens an der Macht.“ So oder so ähnlich haben wohl Herr Jöckel und Frau Scharfenberger räsontiert nach den Stadtratswahlen dieses Jahr im Vorfeld ihrer Koalitionsvereinbarung. Und so ignorieren sie regelmäßig 1/3 der Ludwigshafener Bevölkerung, indem sie sich dem Dialog mit den anderen Fraktionen im Stadtrat de facto versperren.

Vor diesem Hintergrund stellt sich in der Tat die Frage: Was tun wir überhaupt hier, wenn ohnehin schon alles entschieden ist? Zugegebenermaßen: Als Linksfraktion kommen wir uns hier irgendwie wie Sisyphos vor, der sich abmühen kann noch und nöcher, sein hinaufgerollter Stein rollt immer wieder runter. Macht es dann überhaupt Sinn für eine kleine Fraktion wie DIE LINKE hier über den Haushalt zu debattieren? Ich denke ja, denn auch wenn man etwas nicht *verändern* können sollte, so sollte man wenigstens versuchen, es zu *verstehen*; zumal Verständnis die Mutter guter Veränderungen ist.

Nach diesen nötigen Vorbemerkungen werde ich mich jetzt zunächst einmal allgemein zum Haushaltsplan 15-16 äußern und dann punktuell hierauf eingehen.

Der Schuldenstand der Stadt Ludwigshafen beträgt aktuell 1,16 Mrd.: Somit liegt in Ludwigshafen die Verschuldung pro Einwohner bei ca. 7.200 €. Um diesen Schuldenberg abzutragen, müsste die Stadt Ludwigshafen für die nächsten 25 Jahre jährlich 46,5 Mio. tilgen.

Die finanzielle Situation unserer Stadt ist ernst – sehr ernst!

Vor diesem Hintergrund soll in Ludwigshafen ab 2015 der Gewerbesteuerhebesatz angehoben werden: Das begrüßt DIE LINKE ausdrücklich. Dieser Schritt war längst überfällig und wird von der Linken schon seit Jahren gefordert. Allerdings fordern wir eine Anhebung nicht auf 405 Punkte, sondern auf 420. Warum? Aus einem ganz einfachen und zugleich einleuchtenden Grund: Weil der Grundsteuerhebesatz (B) in Ludwigshafen bei 420 Punkten liegt: Und wir finden, dass eine leistungsabhängige Steuer wie die Gewerbesteuer ruhig genauso hoch liegen darf wie eine leistungsunabhängige Steuer wie die Grundsteuer (B).

Als Standardargument dagegen wird von SPD und CDU ständig das Gespenst bemüht, die BASF würde dann prompt ihren Hauptsitz verlagern und Ludwigshafen würde dann nichts mehr bekommen. Das ist ein Mythos meine Damen und Herren. Noch einmal (zum Mitschreiben): Das ist ein Mythos! Denn ein Unternehmen entrichtet seine Gewerbesteuer nicht an dem Standort, wo sie ihren Hauptsitz hat, sondern an den verschiedenen Standorten, wo sie produziert, nach der dort jeweils aufkommenden Bruttolohnsumme.

Eine Gewerbesteuerhebesatzerhöhung alleine mag zwar die finanziellen Probleme unserer Stadt erheblich lindern, aber nicht gänzlich lösen. Was wir unbedingt brauchen ist die Einhaltung des Konnexitätsprinzips: Wer bestellt, bezahlt! Es geht nämlich nicht an, dass Bund und Länder den Kommunen Pflichtaufgaben aufbürden und sie dann finanziell im Stich lassen. Daher begrüßt DIE LINKE den Beitritt der Stadt Ludwigshafen im Aktionsbündnis „Raus aus den Schulden – Für die Würde unserer Städte“, weil hier genau das eingefordert wird: die Einhaltung des Konnexitätsprinzips.

Nur: Der Ludwigshafener Schuldenberg ist ja nicht über Nacht entstanden. Und in Berlin und Mainz haben doch die CDU und die SPD seit Jahren das Sagen, oder? Wieso dann – frage ich – sind die Ludwigshafener CDU und SPD hier nicht schon früher tätig geworden? Sie von der CDU und der SPD und alleine Sie haben die Ludwigshafener Misere zu verantworten! Sie mögen jetzt versuchen, den schwarzen Peter von sich wegzuschieben: Was anderes bleibt ihnen schon übrig?

Folglich hat sich der Gestaltungsspielraum der Stadt Ludwigshafen auf ein Minimum reduziert: Nur 7 % der geplanten Ausgaben entfallen für freiwillige Aufgaben.

Wenn mit Geld ohnehin verantwortlich umgegangen werden sollte, dann umso mehr, wenn es knapp ist.

Und verantwortlich meint vor allem unter Einbindung aller Beteiligten. Gerade wenn eine Stadt wenig hat, muss sie genau eruieren, was ihre Bürger brauchen. Und wer weiß das besser als der Bürger selbst? Die Erfahrung zeigt, dass die Bürger, wenn es um Entscheidungen geht, die sie direkt betreffen, hochgradig richtig entscheiden. Deshalb ist DIE LINKE aus guten Gründen für die Einführung eines Bürgerhaushalts in Ludwigshafen schnellstmöglich und nicht irgendwann.

Es ist meine feste Überzeugung, dass wenn Ludwigshafen einen Bürgerhaushalt hätte, ihr Haushaltsplan wesentlich ausgewogener wäre. Denn in der Tat ist er in seiner jetzigen Form unausgewogen. In welcher Hinsicht möchte ich im Folgenden im Detail erörtern.

Sozialer Wohnungsbau:

Aus aktuellen Anfragen unserer Linksfraktion ist hervorgegangen, dass in den letzten sieben Jahren der **Bestand** an Sozialwohnungen der GAG um 1/3 zurückgegangen ist (von 5656 auf 3811), während zeitgleich der **Bedarf** an Sozialwohnungen in der Stadt um 10 % auf einen Höchststand von 11.982 gestiegen ist.

Statt dem entgegenzuwirken, setzen CDU und SPD eins obendrauf und kürzen gar im aktuellen Haushaltsplan die Mittel für den sozialen Wohnungsbau mit der absurden Begründung, in Ludwigshafen sei der soziale Wohnungsbau unwichtig.

Die GAG sollte sich schleunigst ihrer originären Aufgabe zurückbesinnen und bezahlbaren Wohnraum für alle schaffen, statt Luxuswohnungen zu bauen.

Und übrigens ist in diesem Zusammenhang auch nicht nachzuvollziehen, wieso CDU und SPD – gerade in Zeiten leerer Kassen – für die Erteilung von Baugenehmigungen keine kostendeckenden Gebühren verlangen wollen, zumindest das niemand davon abhalten dürfte zu bauen.

Migration und Integration:

Für die Förderung von Menschen mit Migrationshintergrund sind im aktuellen Haushaltsplan durchweg genau **0 €** angesetzt (Siehe Produkt 31401 *Förderung von Menschen mit Migrationshintergrund*, S. 1508 ff.): Diese 0 € haben mehr als symbolischen Wert!

Wen verwundert es dann, wenn in Ludwigshafen überproportional viele Ausländer bzw. Migranten erwerbslos sind? Wenn in Ludwigshafen überproportional viele ausländische bzw. migrantische Jugendliche nach der Schule keinen Ausbildungsplatz finden? Und wenn in Ludwigshafen überproportional viele ausländische bzw. migrantische Schüler die Schule ohne Schulabschluss verlassen? Nämlich Pi mal Daumen je doppelt so viele.

Ludwigshafen benötigt eine wirkliche Bildungsoffensive speziell für ihre Schüler mit Migrationshintergrund: Gerade hier aber fallen die Bemühungen der Stadt äußerst zaghaft aus.

Hier wird eindeutig an der falschen Stelle gespart, denn was wir heute in die Bildung der Schüler mit Migrationshintergrund und aus bildungsfernen Familien investieren, werden wir morgen in Form von weniger Sozialausgaben und mehr Steuereinnahmen zurückbekommen.

Die CDU und die SPD müssen hier lernen langfristig zu denken statt wahlperiodengetaktet.

Dem Ausländer was geben, heißt nämlich nicht, dem Deutschen was wegnehmen: Integration wird uns langfristig allen zugutekommen.

Ob wir wollen oder nicht: Wir werden ohnehin zusammenwachsen!

Asylbewerber:

Die Unterkunft unserer Asylbewerber betreffend spricht sich DIE LINKE weiterhin für eine dezentrale Lösung und folglich für ein Umdenken in Ludwigshafen aus. Fragen wir uns doch: „Würde ich meine mir Lieben, meine Verwandten, meine mir nahestehenden Freunde in einem Container unterbringen wollen?“

Das Prinzip der Menschlichkeit spricht hier eine klare Sprache, die wir alle intuitiv kennen dürften.

Aber nicht nur sie: Auch aus Klugheitserwägungen heraus wäre es angebracht, unsere Asylbewerber menschlich zu begegnen: Gerade wir in Deutschland mit unserer besonderen Vergangenheit und dem damit verbundenem Image haben eine besondere Verantwortung, mit anderen Völkern menschlich zu sein, und da sind alle gefragt – auch unsere Stadt –, einen guten Beitrag zu leisten.

Viele Ludwigshafener sehen das auch so: Und genau heute Abend organisiert die Protestantische Kirche im Hemshof eine bürgerschaftliche Aktion mit dem Ziel, unseren Asylbewerbern eine normale Wohnung zu finden, weil die Stadt das nicht macht.

Sozialticket:

Die SPD hat zu Beginn der aktuellen Wahlperiode angekündigt, in Ludwigshafen den Sozialticket einführen zu wollen. Doch außer Versprechungen bisher nix gewesen!

Nicht jeder hat das Glück, genug zu haben. Wer nicht genug hat, leidet schon ohnehin und seine Situation sollte nicht noch mehr verschlimmert werden durch noch mehr Ausgrenzung.

Soziale Teilhabe ist für den Menschen eine Grundvoraussetzung für ein menschenwürdiges Leben. Wenn man bedenkt, dass Aristoteles den Menschen als *zoon politikon* – d. h. als soziales Tier – definiert, so reduziert man ihn zum Tier, sobald man ihm der sozialen Teilhabe beraubt. Soziale Teilhabe wiederum ist ohne Mobilität schwer möglich. DIE LINKE tritt folglich für die Einführung des Sozialtickets auch in unserer Stadt Ludwigshafen ein.

Heidelberg hat den Sozialticket eingeführt, Mannheim hat den Sozialticket eingeführt und Ludwigshafen sollte ihn auch einführen!

Meine Damen und Herren, abschließend möchte ich jetzt noch, um meine Ausführungen zu komplettieren und um eine distanziertere Sicht auf die Wertungen der Linksfraktion zu ermöglichen, eine Skizze des Konzepts vom *guten Leben* der renommierten amerikanischen Philosophin Martha Nussbaum anführen.

Nach Martha Nussbaum gehören zum guten Leben 10 Dinge:

1. Ein angemessen langes Leben.
2. Gesundheit inkl. angemessener Ernährung und einer angemessenen Unterkunft.
3. Schmerzfreiheit und Freudfähigkeit.
4. Sinnes- und Reflexionsfähigkeit.
5. Intimität und Emotionalität.
6. Lebensziele zu haben.
7. Soziale Teilhabe.
8. Naturverbundenheit
9. Freizeit und Erholung.
10. Autonomie.

Zu vielen dieser Punkte könnte unsere Stadt was machen. Die Frage ist: Macht sie das ihr Mögliche für die Gesamtheit?

DIE LINKE kann nicht anders, als den vorliegenden Haushaltsplan abzulehnen.

Danke.